

## Newsletter

### zur Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Assistenzleistungen und zum geplanten Bundesleistungsgesetz

Ausgabe 11-2013

#### 1. Das Bundesleistungsgesetz auf Landesebene



Am 27./28.11.2013 findet die diesjährige Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) in Magdeburg statt. Unter anderem ist zu erwarten, dass die ASMK auch Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und zur Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes verabschieden wird.

Dabei wird der finale Bericht der Länderarbeitsgruppe zur Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes für die ASMK eine wesentliche Rolle spielen. Zuvor wurde jedoch der Entwurf dieses Berichts (Stand 16. September 2013) beim Expertengespräch zur möglichen Ausgestaltung eines Bundesleistungsgesetzes mit den Vereinen und Verbänden der Menschen mit Behinderungen massiv kritisiert, da die freie Wahl des Wohnorts und der Wohnform nach wie vor eingeschränkt bleiben sollen und die Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit von Fachleistungen im sozialpolitischen Teil des Berichts keinerlei Erwähnung fand (siehe [Newsletter 10-2013](#), Punkt 1).

ForseA-Stellungnahme: Die Vertreter der Länderarbeitsgruppe werden sich auch daran messen lassen müssen, ob die Kritik gehört und Berücksichtigung im finalen Bericht an die ASMK gefunden hat. Expertengespräche und Anhörungen, die lediglich eine Alibifunktion erfüllen, werden zukünftig zum Fernbleiben der Vereine und Verbände der Menschen mit Behinderungen führen.

#### 2. Das Bundesleistungsgesetz auf Bundesebene (BMAS)



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

CDU/CSU und die SPD ringen noch immer um einen Koalitionsvertrag. Die Koalitions-Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales unter Füh-

Wir sind Mitglied bei:

European Network on Independent Living (ENIL)

European Coalition for Community Living (ECCL)



Folgende Bundesverbände sind Mitglied bei uns:

daneben viele Landesverbände und regional tätige Vereine (siehe <http://www.forsea.de/ueberuns/mitglieder.shtml>)

rung von Ministerin von der Leyen und SPD-Generalsekretärin Nahles steht jedoch nur mit einem Thema im Fokus der Öffentlichkeit: 8,50 Euro Mindestlohn. Das geplante Bundesleistungsgesetz spielt im Koalitionspoker offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle, obwohl sich die Länder dadurch eine Entlastung von rund 4 Mrd. Euro versprechen. Am 16. November sollen sich die Koalitionäre in spe zum geplanten Bundesleistungsgesetz ausgetauscht haben. Von möglichen Ergebnissen ist nichts bekannt. Entweder gab es keine, oder die F-Liste wurde um einen weiteren Punkt erweitert.

### 3. Persönliche Assistenz im europäischen Vergleich



Das European Network on Independent Living (ENIL) hat in einer Umfrage detaillierte Informationen zur Persönlichen Assistenz aus den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zusammengetragen. Unter anderem wurde der Frage nachgegangen, wer die Leistungen zur Persönlichen Assistenz finanziert (Funder of services). Dabei wird deutlich, dass Deutschland im europäischen Vergleich negativ auffällt. So sind die erforderlichen Leistungen in der Sozialhilfe angesiedelt, wo andere EU-Staaten eigene Leistungsgesetze für die Persönliche Assistenz vorsehen (z.B. Schweden, Norwegen, Großbritannien und Frankreich). Vergleichbares gilt für die einkommens- und vermögensunabhängige Gewährung der Leistungen. Die Ergebnisse der Erhebung wurden unter folgendem Link veröffentlicht:

<http://www.enil.eu/policy/personal-assistance-tables/>

ForseA-Stellungnahme: Deutschland gefällt sich in der Rolle des Europa-Primus. Doch bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass Menschen mit Assistenzbedarf sich eher an der Côte d'Azur als im Schwarzwald niederlassen sollten, und dies nicht nur wegen der jährlichen Sonnenstunden. Auch wenn Frankreich derzeit aus wirtschaftlicher Sicht nicht so glänzen kann wie Deutschland, werden Menschen mit Assistenzbedarf dort nicht zur Kasse gebeten. In Deutschland hingegen ist man noch immer der Meinung, dass man sich das nicht leisten könne. Dabei hat ForseA bereits vor fast zwei Jahren den Beweis angetreten, dass die Einkommens- und Vermögensanrechnung den Staatsetat belastet statt entlastet.

### 4. Kein Kommentar zum Conterganstiftungsgesetz



ForseA e.V. berichtete im [Newsletter 08/09-2013](#) (Punkt 3) über die Novellierung des Gesetzes über die Conterganstiftung für behinderte Menschen (Conterganstiftungsgesetz - ContStifG) und die damit einhergehende Freistellung Contergangeschädigter vom Einsatz eigenen Einkommens und Vermögens bei Bezug von Hilfen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII).

ForseA e.V. bat die Empfänger dieser Newsletter in den Landessozialministerien und im Bundesministerium für Arbeit und Soziales um eine Stellungnahme, insbesondere zu der Fragestellung, warum die Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit nur

den Menschen mit einer Conterganschädigung zugestanden wurde. Trotz nochmaliger Aufforderung äußerte sich bis heute kein einziges Ministerium zu diesem Sachverhalt.

ForseA-Stellungnahme: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Das Schweigen dokumentiert lediglich das Unbehagen in den Ministerien. Selbstverständlich ist man sich dort der Tatsache bewusst, dass diese eklatante Ungleichbehandlung argumentativ nicht vermittelbar ist. Niemand wird verstehen können, warum ein contergangeschädigter Mensch mit 24-Stunden-Assistenz seit August 2013 eine Familie gründen und privat Altersvorsorge betreiben darf, derjenige, der aufgrund einer Erkrankung oder eines Unfalls sich aber in der gleichen Situation befindet, jedoch nicht. Doch die Novellierung des Conterganstiftungsgesetzes war kein Betriebsunfall. Sie war die logische Konsequenz aus der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Auch das Bundesleistungsgesetz wird dieser Logik folgen. Die Schockstarre des Bundes und der Länder wird das nicht verhindern können.

## 5. Neues zur Petition zur Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung für Menschen mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf



Die [Petition zur Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung für Menschen mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf](#)<sup>1</sup> hat nochmals deutlich Unterstützerinnen und Unterstützer hinzugewonnen. Über

**83.000**

Menschen haben diese bis Mitte November unterzeichnet.

ForseA-Stellungnahme: Weiter so, Herr Grosch! Sie schaffen auch noch die 100.000

## 6. Unglaublich! Fast 1 Mrd. Euro verschwendet



Der [ForseA-Verschwendungszähler](#)<sup>2</sup> erinnert an die unglaubliche Verschwendung von Steuergeldern aufgrund der Einkommens- und Vermögensüberprüfung behinderter Menschen mit Assistenzbedarf. Alljährlich werden hierfür 500 Mio. Euro Verwaltungskosten aufgewandt, um gerade einmal 12 Mio. Euro Kostenbeiträge von diesen Menschen einzunehmen. Seit Dezember 2011 tickt der Zähler. In Kürze wird der Zähler die Marke von 1 Mrd. Euro überschreiten.

<sup>1</sup> [http://www.change.org/de/Petitionen/recht-auf-sparen-und-gleiches-einkommen-auch-f%C3%BCr-menschen-mit-behinderungen-2600?utm\\_campaign=share\\_button\\_action\\_box&utm\\_medium=facebook&utm\\_source=share\\_petition](http://www.change.org/de/Petitionen/recht-auf-sparen-und-gleiches-einkommen-auch-f%C3%BCr-menschen-mit-behinderungen-2600?utm_campaign=share_button_action_box&utm_medium=facebook&utm_source=share_petition)

<sup>2</sup> <http://www.forsea.de/index.shtml>

ForseA-Stellungnahme: Spätestens seit zwei Jahren ist allen Verantwortlichen die unglaublich Verschwendung von Steuergeldern bekannt, jedoch ohne Folgen. Wie viele Milliarden sollen noch dafür investiert werden, damit Menschen mit Behinderungen Ihre Rechte vorenthalten werden?

## 7. Presse / Medien

### 7.1. kobinet-Nachrichten – Bundestreffen der Behindertenbeauftragten

Beim 46. Bundestreffen der Behindertenbeauftragten des Bundes und der Länder am 29./30. Oktober in Frankfurt appellierten diese an die Verhandlungspartner in den Koalitions-Arbeitsgruppen von CDU, CSU und SPD, der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weitere Impulse zu geben. Unter anderem solle die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einem Teilhabeleistungsgesetz außerhalb der Sozialhilfe und vorrangig im SGB IX erfolgen. Der UN-Behindertenrechtskonvention folgend, muss die Anrechnung von Einkommen und Vermögen fallen, um Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beenden.

<http://www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/28048/Behindertenbeauftragte-fordern-bessere-Teilhabemöglichkeiten.htm>

### 7.2. kobinet-Nachrichten – Sparschweine für Recht auf Sparen

Mit der Übergabe ihrer Sparschweine an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und an die Landessozialministerien haben behinderte Menschen im Vorfeld des Weltspartages ein Recht auf Sparen eingefordert.

<http://www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/28026/Sparschweine-für-Recht-auf-Sparen-übergeben.htm>

<http://www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/28032/Sparschwein-der-Söhne-an-Hessens-Sozialminister.htm>

Bisher erschienene Newsletter:

März 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_03\\_11\\_Newsletter\\_03-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_03_11_Newsletter_03-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

April 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_04\\_02\\_Newsletter\\_04-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_04_02_Newsletter_04-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Mai 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_05\\_13\\_Newsletter\\_05-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_05_13_Newsletter_05-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Juni 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_06\\_22\\_Newsletter\\_06-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_06_22_Newsletter_06-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Juli 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_07\\_31\\_Newsletter\\_07-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_07_31_Newsletter_07-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

August/September 2013:  
[http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_09\\_17\\_Newsletter\\_08+09-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_09_17_Newsletter_08+09-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Oktober 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_10\\_25\\_Newsletter\\_10-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_10_25_Newsletter_10-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)